Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

Nr. 63 Ausgegeben Danzig, den 20. Oktober 1937

Tag	Inhalt:	Seite
8. 10. 1937	Verordnung zu dem am 8. Juli 1937 in Hamburg unterzeichneten zweiten Ergänzungsabkommen zum Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr vom 27. März 1926	547
30. 9. 1937	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens über die Verlängerung der baltisch-geodätischen Konvention	554
30. 9. 1937	Rechtsverordnung über Abänderung der Rechtsverordnung zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Polizeibeamten vom 5. 1. 1934 (G.Bl. S. 31)	555
7. 10. 1937	Aenderung der Ausführungsbestimmungen betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau einschließlich der Trichinenschau bei Schlachtungen im Inlande (A.B.J.) .	555

Alle zur Veröffentlichung im Gesetzblatt, im Staatsanzeiger Teil I und Staatsanzeiger Teil II bestimmten Druckaufträge müssen völlig druckreif eingereicht werden; es muß aus den Druckvorlagen selbst auch ersichtlich sein, welche Worte durch Sperrdruck oder Fettdruck hervorgehoben werden sollen (Sperrdruck einmal, Fettdruck zweimal unterstrichen). Die Geschäftsstelle des Gesetzblattes und des Staatsanzeigers für die Freie Stadt Danzig lehnt jede Verantwortung für etwaige auf Verschulden der Auftraggeber beruhende Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten der Druckvorlagen ab.

**Geschäftsstelle
des Gesetzblattes und Staatsanzeigers
für die Freie Stadt Danzig.**

Die Staatsbehörden und die einzelstehenden freistaatlichen Beamten werden auf die Bekanntmachung vom 15. 9. 1922 (Staatsanzeiger 1922 Nr. 87 Ziffer III, Abs. 1) hingewiesen, wonach zum 1. Dezember j. Js. der Bedarf an Gesetzblättern, Staatsanzeigern Teil I und II durch die vorgesetzte Senatsabteilung bei der unterzeichneten Geschäftsstelle anzumelden ist.

**Geschäftsstelle
des Gesetzblattes und Staatsanzeigers
für die Freie Stadt Danzig.**

172

Verordnung

zu dem am 8. Juli 1937 in Hamburg unterzeichneten zweiten Ergänzungsabkommen zum Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr vom 27. März 1926.

Vom 8. Oktober 1937.

Auf Grund der Verordnung betreffend die Ermächtigung des Senats zur Verkündung internationaler Verträge und Übereinkommen vom 18. Dezember 1933 (G. Bl. S. 631) wird folgendes mit Gesetzeskraft verkündet:

Dem am 8. Juli 1937 in Hamburg unterzeichneten zweiten Ergänzungsabkommen zum Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr vom 27. 3. 1926 wird zugestimmt.

Der Wortlaut des Ergänzungsabkommens wird in der Anlage veröffentlicht.

Danzig, den 8. Oktober 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Greiser Dr. Wiercinski-Keiser

P. A. V. 40[09]

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetages: 28. 10. 1937.)

Zweites Ergänzungsabkommen

zum Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr. vom 27. März 1926.

Der Deutsche Reichskanzler und der Präsident der Republik Polen haben beschlossen, das Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr vom 27. März 1926 (Berliner Abkommen) zu ergänzen und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

Herrn Dr. Ludwig Holtz,
Reichsbahndirektor im Reichsverkehrsministerium,

Der Präsident der Republik Polen:

Herrn Mgr Jan Zajas,
Departementsdirektor im Verkehrsministerium, der gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Versailler Vertrages auch für die Freie Stadt Danzig, soweit sie als Vertragspartei in Frage kommt, handelt,

die nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

§ 1

Zu Artikel 1 des Abkommens.

Im Artikel 1, Ziffer (1) des Abkommens ist hinter dem Wort „Gepäck" nachzutragen: „Expreßgut —".

§ 2

Zu Artikel 3 des Abkommens.

In der Liste der Übergänge und Betriebswechselbahnhöfe im Artikel 3, Ziffer (1) des Abkommens sind folgende Änderungen vorzunehmen:

Bei

Korsenz—Rawicz ist statt „Korsenz" zu setzen „Trachenberg",
Freyhan—Zduny ist statt „Freyhan" zu setzen „Militsch",
Neumittelwalde—Pawłów ist statt „Pawłów" zu setzen „Sośnie",
Costau—Łęka ist statt „Costau" zu setzen „Kostau",
Costau—Łęka ist statt „Hanulin" zu setzen „Łęka",
Dianenberg—Gardeja ist statt „Dieanenberg" zu setzen „Garnsee (Westpr.)",
Czymochen—Raczki ist statt „Czymochen" zu setzen „Reuß".

§ 3

Zu Artikel 5 des Abkommens und zu § 3 des ersten Ergänzungsabkommens vom 2. Juni 1937.

Die in den Ziffern (1) und (4) der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 5 des Abkommens erwähnte Anlage A erhält folgenden Wortlaut:

„Anlage A.
Zu Artikel 5.

Liste der von der Staatsgrenze durchschnittenen Brücken.

Lfd. Nr.	Strecke	Wasserlauf usw.	Bauweise	Zu unterhalten durch
1.	Deutsch-Eylau—Rakowice	Drewenz (Drwęca)	Mauerwerk	Deutschland
2.	Kreuz—Drawski Młyn	Netze (Noteć)	Mauerwerk	Deutschland
3.	Fraustadt—Leszno	Wegeüberführung	Eisen	Polen
4.	Militsch—Zduny	Grenzgraben	Mauerwerk	Polen
5.	Neumittelwalde—Sośnie	Grenzgraben	Mauerwerk	Polen
6.	Borsigwerk-Chebzie	Beuthner Wasser (Woda Bytomska)	Mauerwerk	Polen
7.	Gleiwitz Ost—Makoszowy	Scharnafka (Czarnawka)	Mauerwerk	Deutschland
8.	Annaberg—Olza	Oder (Odra)	Eisen	Polen."

§ 4

Zu Artikel 19 des Abkommens.

Im Artikel 19, Absatz (4) des Abkommens ist hinter dem Wort „Gebühren" nachzutragen: „sowie von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen".

§ 5

Zu Artikel 21 des Abkommens.

(1) In der Liste der Bahnhöfe für Zollabfertigung und Paßprüfung im Artikel 21, Ziffer (1) des Abkommens sind folgende Änderungen vorzunehmen:

Bei

Korsenz—Rawicz, 1. und 2. Spalte ist statt „Korsenz" zu setzen „Trachenberg",
Freyhan—Zduny, 1. und 2. Spalte ist statt „Freyhan" zu setzen „Militsch",
Neumittelwalde—Pawłów" 1. und 3. Spalte ist statt „Pawłów" zu setzen „Sośnie",
Costau—Łęka, 1. und 2. Spalte ist statt „Costau" zu setzen „Kostau",
Costau—Łęka, 3. Spalte ist statt der jetzigen Angaben zu setzen „Łęka",
Marienburg—Simonsdorf—Tczew, 3. Spalte ist hinter Tczew im deutschen Text nachzutragen: „durch Polen",

Dianenberg—Gardeja, 1. Spalte ist statt „Dianenberg" zu setzen „Garnsee (Westpr.)",
Dianenberg—Gardeja, 2. Spalte ist statt „Gardeja" zu setzen „Garnsee (Westpr.)",
Czymochen—Raczki, 1. und 2. Spalte ist statt „Czymochen" zu setzen „Reuß".

(2) Im Artikel 21, Ziffer (3) des Abkommens ist im Klammervermerk statt „Absatz (4)" zu setzen: „Absatz (3)".

§ 6

Zu § 5 des ersten Ergänzungsabkommens.

Die Anlage E des ersten Ergänzungsabkommens erhält die in der Anlage E zu diesem Ergänzungsabkommen niedergelegte neue Fassung.

§ 7

Zu Artikel 29 des Abkommens.

In der Ausführungsbestimmung, Ziffer (2) zu Artikel 29 des Abkommens, letzter Satz, ist statt „§ 3 Absatz 3" zu setzen: „§ 3 Absatz 4".

§ 8

Zu Artikel 31 des Abkommens und zu § 6 des ersten Ergänzungsabkommens.

Die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 31 des Abkommens erhalten folgenden Wortlaut:

„Ausführungsbestimmungen:

(1) Das Zugkilometer wird nach einem Vergütungssatz abgegolten, der von den Eisenbahnverwaltungen auf Grund ihrer Selbstkosten vereinbart und nötigenfalls halbjährlich nachgeprüft wird.

(2) Für die Berechnung der Zugkilometer ist die Strecke von der Staatsgrenze bis zur Mitte des Betriebswechselbahnhofs maßgebend.

(3) Die Zugkilometer aller deutschen Betriebswechselbahnhöfe sind gegen die Zugkilometer aller polnischen Betriebswechselbahnhöfe aufzurechnen; die die Aufrechnung überschießenden Zugkilometer sind nach dem vereinbarten Vergütungssatz abzugelten. Ausgenommen von der Aufrechnung sind die Zukilometer der

a) Schmalspur-, Privat- und Kleinbahnen,
b) Hilfszüge, Hilfsgerätewagen, Hilfslokomotiven und Schneepflüge (siehe Artikel 25).

Wegen der Abgeltung der Zugkilometer der Schmalspurbahnen sowie der Privat- und Kleinbahnen treffen die beteiligten Eisenbahnverwaltungen die erforderlichen Vereinbarungen.

(4) Die Kosten eines Hilfszuges trägt die Verwaltung, deren Beamten den Hilfszug angefordert haben. Berechnet werden die Selbstkosten einschließlich der Kosten für Hilfsmaterial und Hilfspersonal für die Zeit von der Entsendung des Zuges von der Heimatstation bis zur Rückkehr dorthin zuzüglich eines Verwaltungskostenzuschlages von zehn v. H. Das gleiche gilt für die Entsendung von Hilfslokomotiven oder Schneepflügen.

(5) Leerfahrten der Lokomotiven ohne oder mit Packwagen werden nicht vergütet, desgleichen die Dienstsonderzüge, die Personalzüge und die Arbeitszüge."

§ 9

Zu Artikel 32 des Abkommens und zu § 7 des ersten Ergänzungsabkommens.

Der Artikel 32 des Abkommens und die Ausführungsbestimmungen hierzu erhalten folgenden Wortlaut:

„Artikel 32

Vergütung für Diensträume und für besondere Leistungen der Nachbarverwaltung.

(1) Die Nachbarverwaltung hat in dem Betriebswechselbahnhof nur für Benutzung der Einrichtungen, Bauten, Wohnungen, Dienst- und Unterkunftsräume, Lokomotivstände usw. Vergütung zu leisten, die ausschließlich ihren Zwecken dienen (siehe Artikel 7 und 35).

(2) Dasselbe gilt für die Vergütung von Personalleistungen.

(3) Bei den Übergängen mit gemeinschaftlicher Zollabfertigung und Paßprüfung hat die Nachbarverwaltung auch für diejenigen Einrichtungen und Anlagen sowie für die Personalleistungen Vergütung zu leisten, die für die gemeinschaftliche Zollabfertigung und Paßprüfung bestimmt sind. Soweit hiernach Vergütung zu leisten ist, ist für jeden Bahnhof der Anteil jeder Verwaltung nach dem Verhältnis der ein- und ausfahrenden Züge zu bestimmen. Dabei gelten Züge mit deutscher Lokomotive und deutschem Personal als deutsche und Züge mit polnischer Lokomotive und polnischem Personal als polnische Züge.

Ausführungsbestimmungen:

(1) Die Vergütung nach Absatz (1) und, soweit nicht Personalleistungen in Frage kommen, auch nach Absatz (3) dieses Artikels ist auf Grund der Selbstkosten nach Mietsätzen zu leisten. Diese werden zwischen den Zentralstellen der beiden Eisenbahnverwaltungen vereinbart und nötigenfalls von Jahr zu Jahr nachgeprüft. Für die Personalleistungen sind die Selbstkosten zuzüglich eines zwischen den Zentralstellen der beiden Eisenbahnverwaltungen zu vereinbarenden Zuschlags für die Wohlfahrtslasten zu berechnen.

(2) Die Selbstkosten der Beleuchtung, Beheizung und Reinigung für ausschließliche Dienstzwecke der Nachbarverwaltung werden mit einem Verwaltungskostenzuschlag von zehn v. H. berechnet.

(3) Sind kleine Ausbesserungen von Lokomotiven und Geräten der Nachbarverwaltung auf den Betriebswechselbahnhöfen nötig, so werden sie von der Verwaltung des Betriebswechselbahnhofs ausgeführt. Hierfür sind der Nachbarverwaltung die Selbstkosten einschließlich eines Verwaltungskostenzuschlages von hundert v. H. zu berechnen.

(4) In den örtlichen Zusatzübereinkommen ist zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen an die Nachbarverwaltung Betriebsstoffe (Heiz- und Beleuchtungsstoffe, Schmiermittel u. dgl.) am Betriebswechselbahnhof abgegeben werden. Sie sind nach den Selbstkosten mit einem Verwaltungskostenzuschlag von zehn v. H. zu berechnen.

(5) Die Vergütung für Personalleistungen gemäß Absatz (2) und (3) dieses Artikels wird in den örtlichen Zusatzübereinkommen geregelt."

§ 10

Zu Artikel 35 des Abkommens.

Der Artikel 35 des Abkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 35

Neuanlagen.

(1) Über notwendige Neuanlagen sowie über Änderungen, Ergänzungen und Erweiterungen der bestehenden Anlagen nebst Einrichtungen, soweit sie für den gegenseitigen Eisenbahnverkehr bestimmt sind, haben sich die Eisenbahnverwaltungen der Vertragsteile von Fall zu Fall zu verständigen.

(2) Gleichzeitig ist über die Miete zu bestimmen. Die Herstellungskosten trägt in jedem Falle die Eigentumsverwaltung.

(3) Für die Eigentumsverhältnisse ist Artikel 6 maßgebend."

§ 11

Zum Schlußprotokoll des Abkommens.

Im Schlußprotokoll des Abkommens sind folgende Änderungen vorzunehmen:

1. Im Abschnitt D werden die Absätze a), b) und c) sowie die ersten drei Sätze des Absatzes d) gestrichen; der vierte Satz des Absatzes d) erhält folgenden Wortlaut: „Es wird anerkannt, daß nach Fertigstellung einer Verbindungsstrecke von Perzów nach Lublin auch der Übergang Groß Wartenberg—Perzów für den deutsch-polnischen Eisenbahnverkehr zu öffnen ist;

ebenso, daß dem Verkehrsbedürfnis nach Schaffung einer direkten Verbindung Schneidemühl —Poznań durch den Ausbau einer Verbindungskurve von Dziembówka nach Kaczory Rechnung zu tragen ist."

2. Im Abschnitt G sind die Absätze b), c), d), e) und f) zu streichen.

§ 12

Dieses Ergänzungsabkommen wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Das Ergänzungsabkommen tritt mit dem dreißigsten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und bleibt solange gültig wie das Abkommen vom 27. März 1926.

Ausgefertigt in dreifacher Urschrift in deutscher und in polnischer Sprache, wobei beide Wortlaute gleiche Geltung haben.

Hamburg, den achten Juli neunzehnhundertsiebenunddreißig.

J. Zajas. Dr. Ludwig Holtz.

Druga Umowa Uzupełniajaca

Umowę z dnia 27 marca 1926 r. o wzajemnej komunikacji kolejowej.

Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej i Niemiecki Kanclerz Rzeszy postanowili uzupełnić Umowę o wzajemnej komunikacji kolejowej z dnia 27 marca 1926 r. (Umowę berlińską) i w tym celu mianowali swymi pełnomocnikami:

Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej:

Pana Mgr. Jana Zajasa,

Dyrektora Departamentu w Ministerstwie Komunikacji, który zgodnie z ustępem 6 artykułu 104 Traktatu Wersalskiego działa również i za Wolne Miasto Gdańsk, o ile ono wchodzi w rachubę, jako Strona układająca się,

Niemiecki Kanclerz Rzeszy:

Pana Dr. Ludwig Holtz,

Dyrektora Kolej Rzeszy w Ministerstwie Komunikacji Rzeszy,

którzy, po okazaniu sobie pełnomocnictw, uznanych za dobre i w należytej formie, zgodzili się na następujące postanowienia:

§ 1

Do artykułu 1 Umowy.

W ustępie (1) artykułu 1 Umowy należy wstawić po słowie „bagażowej" słowa „ekspresowej oraz".

§ 2

Do artykułu 3 Umowy.

W wykazie przejść kolejowych i stacyj zdawczo-odbiorczych, objętych ustępem (1) artykułu 3 Umowy należy wprowadzić następujące zmiany:

odnośnie Rawicz—Korsenz należy zamiast „Korsenz" wstawić „Trachenberg"
„ Zduny—Freyhan należy zamiast „Freyhan" wstawić „Militsch"
„ Pawłów—Neumittelwalde należy zamiast „Pawłów" wstawić „Sośnie"
„ Łęka—Costau należy zamiast „Costau" wstawić „Kostau"
„ Łęka—Costau należy zamiast „Hanulin" wstawić „Łęka"
„ Gardeja—Dianenberg należy zamiast „Dianenberg" wstawić „Garnsee (Westpr.)"
„ Raczki—Czymochen należy zamiast „Czymochen" wstawić „Reuss".

Do artykułu 5 Umowy i § 3 pierwszej Umowy Uzupełniającej z 2 czerwca 1937 r.

Załacznik A, wspomniany w ustępie (1) i (4) Postanowień wykonawczych do artykułu 5 Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

Załącznik A.
do artykułu 5.

Wykaz mostów, przeciętych granicą państwową.

Nr.p.	Szlak	Rzeki itd.	Konstrukcja	Ma utrzymywać
1.	Rakowice—Dt. Eylau	Drwęca (Drewenz)	murowany	Niemcy
2.	Drawski Młyn—Kreuz	Noteć (Netze)	murowany	Niemcy
3.	Leszno—Fraustadt	Wiadukt	żelazny	Polska
4.	Zduny—Militsch	Rów graniczny	murowany	Polska
5.	Sośnie—Neumittelwalde	Rów graniczny	murowany	Polska
6.	Chebzie—Borsigwerk	Woda Bytomska (Beuthener Wasser)	murowany	Polska
7.	Makoszowy—Gleiwitz	Czarnawka (Scharnafka)	murowany	Niemcy
8.	Olza—Annaberg	Odra (Oder)	żelazny	Polska

§ 4

Do artykułu 19 Umowy.

W ustępie (4) artykułu 19 Umowy należy po słowie „należności" dodać: „oraz zakazów i ograniczeń przywozowych i wywozowych".

§ 5

Do artykułu 21 Umowy.

(1) W wykazie stacyj odprawy celnej i rewizji paszportowej, objętym ustępem (1) artykułu 21 Umowy, należy wprowadzić następujące zmiany:

Odnośnie Rawicz—Korsenz, rubryka 1 i 3 zamiast „Korsenz" należy wstawić „Trachenberg"

„ Zduny—Freyhan, rubryka 1 i 3 zamiast „Freyhan" należy wstawić „Militsch"

„ Pawłów—Neumittelwalde, rubryka 1 i 2 zamiast „Pawłów" należy wstawić „Sośnie"

„ Łęka—Costau, rubryka 1 i 3 zamiast „Costau" należy wstawić „Kostau"

„ Łęka—Costau, rubryka 2 zamiast dotychczasowych danych należy wstawić „Łęka"

„ Tczew—Simonsdorf—Marienburg, rubryka 2 po „Tczew" w tekście niemieckim należy wstawić „przez Polskę"

„ Gardeja—Dianenberg, rubryka 1 zamiast „Dianenberg" należy wstawić „Garnsee (Westpr.)"

„ Gardeja—Dianenberg, rubryka 3 zamiast „Gardeja" należy wstawić „Garnsee (Westpr.)"

„ Raczki—Czymochen, rubryka 1 i 3 zamiast „Czymochen" należy wstawić „Reuss".

(2) W ustępie (3) artykułu 21 Umowy należy w nawiasie zamiast „ustęp (4)" wstawić „ustęp (3)".

§ 6

Do § 5 pierwszej Umowy Uzupełniającej.

Załącznik E pierwszej Umowy Uzupełniającej otrzymuje nowe brzmienie, ustalone w Załączniku E do niniejszej Umowy Uzupełniającej.

§ 7

Do artykułu 29 Umowy.

W ustępie (2) Postanowień wykonawczych do artykułu 29 Umowy należy w ostatnim zdaniu zamiast „ustępu 3 § 3" wstawić: „ustępu 4 § 3".

§ 8

Do artykułu 31 Umowy i § 6 pierwszej Umowy Uzupełniającej.

Postanowienia wykonawcze do artykułu 31 Umowy otrzymują następujące brzmienie:

„Postanowienia wykonawcze:

(1) Zapłata za pociągo-kilometr odbywać się będzie według stawki, umówionej między Zarządami kolejowymi na podstawie ich kosztów własnych i poddawanej rewizji w razie potrzeby co pół roku.

(2) Przy obliczaniu pociągo-kilometrów miarodajną jest długość szlaku od granicy państwowej do środka stacji zdawczo-odbiorczej.

(3) Pociągo-kilometry wszystkich polskich stacyj zdawczo-odbiorczych należy rachunkowo przeciwstawić pociągo-kilometrom wszystkich niemieckich stacyj zdawczo-odbiorczych; pociągo-kilometry nieskompensowane przy przeciwstawianiu będą opłacane według umówionej stawki. Wyłączone od takiego przeciwstawienia są pociągo-kilometry:

a) kolei wąskotorowych, kolei prywatnych i kolejek,
b) pociągów i wagonów ratowniczych, parowozów pomocniczych i pługów odśnieżnych (patrz artykuł 25).

Co się tyczy zapłaty za pociągo-kilometry, wykonywane przez koleje wąskotorowe, jak również przez koleje prywatne i kolejki, zainteresowane Zarządy kolejowe zawrą porozumienia, niezbędne w tym względzie.

(4) Koszty pociągu ratowniczego ponosi Zarząd, którego urzędnicy zażądali tego pociągu. Liczyć się będzie koszty własne wraz z kosztami za materjał ratunkowy oraz za personel ratowniczy za okres czasu od wysłania pociągu ze stacji macierzystej aż do powrotu na tę stacje, z doliczeniem 10%-owego dodatku na administrację. Tosamo stosuje się przy wysłaniu parowozów pomocniczych i pługów odśnieżnych.

(5) Nie będą opłacane próżne przebiegi parowozów, zarówno bez wagonu bagażowego jak i z takim wagonem, a także pociągi służbowe, pociągi dla przewozu pracowników oraz pociągi robocze.“

§ 9

Do artykułu 32 Umowy i § 7 pierwszej Umowy Uzupełniającej.

Artykuł 32 Umowy i Postanowienia wykonawcze otrzymują następujące brzmienie:

„Art. 32

Wynagrodzenie za pomieszczenia służbowe i za szczególne świadczenia Zarządu sąsiedniego.

(1) Zarząd sąsiedni winien płacić wynagrodzenie tylko za używanie tych urządzeń, budowli, mieszkań, pomieszczeń służbowych i dyżurnych stanowisk dla parowozów itd. na stacji zdawczo-odbiorczej, które służą wyłącznie do jego celów (patrz artykuły 7 i 35).

(2) Tosamo stosuje się do wynagrodzenia za świadczenia personalne.

(3) Na przejściach ze wspólną odprawą celną i rewizją paszportową, rząd sąsiedni powinien płacić wynagrodzenie również za te pomieszczenia i urządzenia tudzież za świadczenia personalne, które przeznaczone są do wspólnej odprawy celnej i rewizji paszportowej. O ile w myśl tego ma się płacić wynagrodzenie, należy ustalić dla każdej stacji udział każdego Zarządu według stosunku pociągów wjeżdżających i wyjeżdżających. Przy tym pociągi z polskim parowozem i polską obsługą uważa się za pociągi polskie, a pociągi z niemieckim parowozem i niemiecką obsługą za pociągi niemieckie.

Postanowienia wykonawcze.

(1) Wynagrodzenie wedle ustępu (1) i, o ile nie wchodzą w rachubę świadczenia personalne, też wedle ustępu (3) artykułu niniejszego należy wypłacać w formie czynszów najmu na podstawie kosztów własnych. Czynsze te zostaną uzgodnione między Centralnymi Zarządami kolejowymi obu Stron i będą badane w miarę potrzeby co roku. Z tytułu świadczeń personalnych należy liczyć koszty własne, powiększone o dodatek na cele humanitarne, który powinien być uzgodniony między Centralnymi Zarządami kolejowymi obu Stron.

(2) Koszty własne za oświetlanie, ogrzewanie i oczyszczenie, dokonane dla wyłącznych celów służbowych Zarządu sąsiedniego, będą obliczane z doliczeniem 10%-owego dodatku na administrację.

(3) W razie potrzeby dokonania na stacji zdawczo-odbiorczej małych napraw parowozów i narzędzi Zarządu sąsiedniego, wykona je Zarząd stacji zdawczo-odbiorczej. Za naprawy należy obliczać Zarządowi sąsiedniemu koszty własne z doliczeniem 100%-owego dodatku na administrację.

(4) W miejscowych umowach dodatkowych należy ustalić, czy i na jakich warunkach wydawane będą Zarządowi sąsiedniemu na stacji zdawczo-odbiorczej materiały eksploatacyjne (paliwo, światliwo, smary itp.). Należy za nie liczyć koszty własne z 10%-owym dodatkiem na administrację.

(5) Wynagrodzenie należne według ustępu (2) i (3) artykułu niniejszego zostanie ustalone w miejscowych umowach dodatkowych."

§ 10

Do artykułu 35 Umowy.

Artykuł 35 Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

„Artykuł 35.

Nowe budowle i urządzenia.

(1) Zarządy kolejowe Stron umawiających się winny od wypadku do wypadku porozumiewać się w sprawie wznoszenia potrzebnych nowych budowli i urządzeń, jak również co do zmian, uzupełnień i rozwoju istniejących budowli wraz z urządzeniami, o ile one są przeznaczone do wzajemnej komunikacji kolejowej.

(2) Jednocześnie należy ułożyć się co do czynszu najmu. Koszty wykonania ponosi w każdym wypadku Zarząd miejscowy.

(3) Dla oceny stosunku własności miarodajnym jest artykuł 6."

§ 11

Do Protokołu końcowego Umowy.

W Protokole końcowym Umowy należy wprowadzić następujące zmiany:

1) W ustępie D skreśla się punkty a), b) i c) oraz pierwsze trzy zdania punktu d); czwarte zdanie punktu d) otrzymuje następujące brzmienie:

Uznaje się, że po wybudowaniu linii kolejowej Perzów—Lublin należy otworzyć dla polsko-niemieckiej komunikacji kolejowej także przejście kolejowe Perzów—Groß Wartenberg, oraz że potrzebom komunikacji co do stworzenia bezpośredniego połączenia Poznania z Schneidemühl należy uczynić zadość przez wybudowanie łącznicy z Dziembówka do Kaczor.

2) W ustępie G należy skreślić punkty b), c), d), e) i f).

§ 12

Niniejsza Umowa Uzupełniająca podlega ratyfikacji i dokumenty ratyfikacyjne będą wymienione w Warszawie w terminie możliwie najkrótszym. Umowa wejdzie w życie 30-go dnia po dacie wymiany dokumentów ratyfikacyjnych i będzie obowiązywała tak długo, jak Umowa z 27 marca 1926 r.

Sporządzono w trzech oryginalnych egzemplarzach, każdy w języku polskim i niemieckim, przy czym obydwa teksty są jednakowo miarodajne.

Hamburg, dnia ósmego lipca tysiąc dziewięćset trzydziestego siódmego roku.

J. Zajas. Dr. Ludwig Holtz.

173

Bekanntmachung

über das Inkrafttreten des Abkommens über die Verlängerung der baltisch-geodätischen Konvention. Vom 30. September 1937.

Das Abkommen über die Verlängerung der baltisch-geodätischen Konvention vom 22. Juni 1936, dem die Freie Stadt Danzig am 30. 11. 1936 beigetreten ist (G. Bl. S. 133/484), ist, nachdem die Union der sozialistischen Sowjet-Republiken als letzter der beteiligten Staaten am 9. 3. 37 die Ratifikationsurkunde im Archiv des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten Finnlands niedergelegt hat, gemäß Artikel II des Abkommens an diesem Tage in Kraft getreten.

Danzig, den 30. September 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

V. Greiser Boeck

174 **Rechtsverordnung**

über Abänderung der Rechtsverordnung zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Polizeibeamten vom 5. 1. 1934 (G. Bl. S. 31).

Vom 30. September 1937.

Auf Grund von § 1 Ziff. 21 und § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) sowie des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

Der § 11 der Rechtsverordnung zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Polizeibeamten vom 5. 1. 1934 (G. Bl. S. 31) erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Die Beamten der Schutzpolizei und Gendarmerie haben Anspruch auf freie ärztliche Versorgung.

(2) Die Angehörigen der im Absatz (1) bezeichneten Beamten haben Anspruch auf freie ärztliche Versorgung nur nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans."

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 30. September 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

A III P 51 06 IX/37 Greiser Dr. Wiercinski-Keiser

175 **Änderung der Ausführungsbestimmungen**

betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau einschließlich der Trichinenschau bei Schlachtungen im Inlande (A. B. I.).

Vom 7. Oktober 1937.

Auf Grund des § 23 des Reichsgesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. 6. 1900 (R. G. Bl. S. 547) und der §§ 17 Abs. 2 und 19 des Gesetzes betr. Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes vom 28. 6. 1902 (G. S. S. 229) werden die Ausführungsbestimmungen betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau einschließlich der Trichinenschau bei Schlachtungen im Inlande vom 20. 3. 1903 (M. Bl. i. V. S. 56) in der Fassung der Verordnung vom 19. 1. 1934 (St. A. S. 53/56) wie folgt geändert:

§ 3 Ziffer (4) wird ersetzt durch folgenden Wortlaut:

„(4) Der Senat kann die Veränderung von Fleischbeschaubezirken, die Bestellung und Entlassung der Fleischbeschauer sowie deren Versetzung von seiner Genehmigung abhängig machen."

Danzig, den 7. Oktober 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

L. V. 3161. Greiser Rettelsky

Bezugsgebühren vierteljährlich a) für das Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig Ausgabe A u. B je 3,75 G, b) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil I Ausgabe A u. B je 3,— G, c) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil II 3,75 G. Bestellungen haben bei der zuständigen Postanstalt zu erfolgen. Für Beamte (siehe Staatsanz. f. 1922, Nr. 87) Bezugspreis zu a) 2,25 G, zu b) 1,50 G.

Einrückungsgebühren betragen für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum = 0,50 G.

Belegblätter und einzelne Stücke werden zu den Selbstkosten berechnet.

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesetzblattes und Staatsanzeigers. — Druck von A. Schroth in Danzig.